

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

26.03.2012

CDU-Juristen zur Verständigung im Strafprozess

Landesvorsitzender Dr. Graf: „Auch die Landesregierung ist in der Pflicht“

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner grundlegenden Entscheidung vom 19. März 2013 die Ursachen für wachsende Anzahl von Absprachen im Strafverfahren, welche teilweise auch am Gesetz vorbei erfolgen, klar angesprochen: Immer komplexere Fälle, immer mehr und detailliertere Gesetze, immer höhere Anforderungen der Obergerichte an die Instanzgerichte, der stetig steigende Druck durch das Beschleunigungsgebot in Haft-sachen, immer weniger Personal mit einer bis an die Grenze der Überlastung heranrei-chenden Arbeitsbelastung von Richtern und Staatsanwälten, und nicht zuletzt auch die teilweise exzessiv und missbräuchlich eingesetzten Verfahrensrechte der Verteidigung.

Wer - wie die Bundesministerin der Justiz - lediglich überlegt, wie das „Korsett für eng eingegrenzte Absprachen noch besser geschnürt werden kann“ und damit die Verantwor-

tung allein auf die Richter abwälzt, wird diese Fehlentwicklung nicht in den Griff bekommen.

Angesichts der vielfältigen Ursachen sind Anstrengungen aller am Strafprozess Beteiligten, aber auch der für die Rahmenbedingungen politisch Verantwortlichen erforderlich. Die Bundesministerin der Justiz wird deshalb, so der LACDJ Baden-Württemberg, ihrer Verantwortung nur gerecht, wenn sie die längst überfällige Reform des Strafverfahrens umgehend angeht. Dabei sind auch die Möglichkeiten der Verteidigung für Beweis- und Ablehnungsanträge kritisch zu überprüfen.

Aber auch die Landesregierung ist aufgefordert, die Strafgerichte so auszustatten, dass selbst umfangreiche Verfahren in einem ordnungsgemäßen Verfahren und ohne unangemessene Verzögerung durchgeführt werden können. „Gerechtigkeit darf nicht zur Ware verkommen, nur weil die Haushaltsgeber die notwendige Sach- und Personalausstattung der Justiz schon seit Jahren ausdünnen,“ so Dr. Jürgen Graf. Wenn die Leistungen von Strafrichtern und Staatsanwälten maßgeblich an den Erledigungszahlen gemessen werden und damit der Erledigungsdruck auf die Gerichte unnötig weiter erhöht wird, droht die Wahrheitsfindung auf der Strecke zu bleiben.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.